

1 Nachrichten unter der Lupe – eine Auslese

Von Marie Ringel

1.1 Den Balken im eigenen Auge sieht er nicht....

Es geht um Polens Präsidenten Donald Tusk. Sein Land hat am 01.07.2011 die EU-Präsidentschaft übernommen. Aus diesem Anlass wurde Donald Tusk in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ vom 30.06.2011, Seite 5) gefragt, wie er die Krise um den Euro und die EU zu stabilisieren gedenke. Seine zentrale Antwort lautete: „*Wir dürfen in der EU nicht nur an nationale Interessen denken*“. Das war natürlich eine deutliche Kritik jener Euroländer, deren Bevölkerungen sich zunehmend weigern, die permanent anwachsenden Schulden der bankrotten Euro-Staaten in voller Höhe zu tragen. Das Bedeutendste unter ihnen ist natürlich Deutschland, mit der größten europäischen Volkswirtschaft. Alle Regierungen der EU- bzw. Euro-Länder hatten noch vor einem Jahr versprochen, dass man den bedrohten Euroländern nur Kredite gewähre, die später mit Zinsgewinn zurückgezahlt würden. Diese Rückzahlung rückt in immer größere Ferne. Die Politiker haben alle gelogen, am lautesten die Deutsche Regierung! Ganz gleich wie das Euro-Abenteuer ausgeht. Eines steht heute schon fest, die Steuerzahler der übrigen Euro- und EU-Länder werden die Schulden der bankrotten Staaten in voller Höhe zahlen müssen. Die Rettungsaktionen sind ein ganz gravierender Verstoß gegen die Marktgesetze, nach denen eigentlich die Gläubiger jeglichen Forderungsausfall zu tragen haben. Die Politik kauft die Gläubiger – es ist das internationale Finanzkapital – frei. Das Zusammenspiel von Politik und Kapital ist so offensichtlich, dass es die Völker eigentlich anwidern müsste.

Interessant ist es, in diesem Zusammenhang zu wissen, dass Polen sich hartnäckig weigert, die Transferzahlungen an die EU-Empfängerländer zu reduzieren. Interessant deshalb, weil diese Subventionszahlungen, zusammen mit den Kredit- und Kapitalströmen in die jetzt zahlungsunfähigen Euro-Länder, eine der wesentlichen Ursachen für den maroden Zustand dieser Euro-Länder ist. Griechenland und die anderen bedrohten Länder haben die Geldströme nämlich nicht genutzt, ihre Wirtschaft grundlegend leistungsfähiger zu gestalten. Und die Polen haben es bisher nicht viel besser gemacht. Alle Länder, die heute noch in die EU drängen, tun dies in erster Linie, weil sie an die „Tränke“ dieser Subventionszahlungen und der billigen Kredite kommen wollen.

Interessant ist es auch zu wissen, dass Polen das zweitgrößte Netto-Empfängerland aus der EU-Kasse ist. Im Jahr 2007 erhielt es 4,33 Mrd. Euro¹, nur Griechenland erhielt mit 6,02 Mrd. Euro noch mehr. Polen hat darüber hinaus ein ureigenes Interesse, Griechenland vor dem Bankrott zu retten: Der polnische Staat und die polnische Wirtschaft sind selbst bis über die Halskrause im Ausland verschuldet. Und zwar in Schweizer Franken. Der wurde im Laufe der Euro-Krise im Vergleich zum Zloty (polnische Währung) erheblich aufgewertet. Ein griechischer Staatsbankrott würde den Wert des Franken noch weiter erhöhen und damit die Schulden Polens und seiner Wirtschaft noch weiter steigen lassen.

Bei Lichte besehen zeigt sich also, dass die Forderung des Polnischen Präsidenten Tusk, „*nicht nur an nationale Interessen zu denken*“, in Wirklichkeit eine unverschämte Scheinheiligkeit darstellt, die aufzudecken weder die Medien in Deutschland und Europa

¹ Zahlen aus: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 23.09.2009, Seite 11.

und schon gleich gar nicht die Deutsche Regierung wagen. Allein diese Tatsache macht deutlich, dass ein Europa, das auf Mythen und Lügen aufbaut, keine Zukunft haben kann.

1.2 Ist Deutschland ein zweites China in Europa?

Das jedenfalls behauptete Cui Hingjian vom Chinesischen Institut für Internationale Studien (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Juni 2011, Seite 33). Ein anderer Wissenschaftler eines Pekinger „Thinktanks“ (Ideen-Schmiede) fragte den Berichterstatter der FAZ in China, ob Deutschland nicht demnächst aus dem Schatten Europas heraustreten und eine Führungsrolle in Europa und der Welt übernehmen könne? Er wurde mit der Antwort beschieden, dass die Europa-Orientierung der Deutschen fort dauere und dass sie gar keinen Willen hätten, eine politische Macht zu werden. Der Berichterstatter hatte allerdings „die Deutschen“ mit deren Politpersonal gleichgesetzt und er hatte wohl ganz vergessen, dass die politischen Leitmedien in Deutschland deren politische Abstinenz sehr wohl immer dann kritisieren, wenn sich eine Deutsche Regierung weigert, bestimmte Militärationen der Nato, der EU oder der USA mitzutragen (Irak-Krieg und Bombenbegriffe auf Libyen). Ihm hat sich auch nicht die Frage gestellt, warum die Deutschen – sie stellen immerhin die größte Wirtschaftsmacht Europas – so gerne die Rolle des politischen Zwerges spielen? Hat man ihnen diese Rolle nicht lange genug und mit allen sozialpsychologischen Mitteln nach dem Zweiten Weltkrieg eingetrichtert? War diese politische Askese nicht sogar die Voraussetzung für die Errichtung von EU und Euro-Union?

Die aufstrebende Wirtschaftsmacht China spielt heute die gleich Rolle in der Welt wie die aufstrebende Wirtschaftsmacht Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg. Kein vernünftiger Historiker kann heute bestreiten, dass die konkurrierenden Welt- und Großmächte der damaligen Zeit ein vitales Interesse an der Beseitigung des deutschen Konkurrenten hatten. Deutschland, dem man die Schuld an diesem Krieg danach in die Schuhe schob, konnte durch ihn nur verlieren. Und Deutschland wurde in zwei Weltkriegen auf seine jetzige Größe zurecht gestutzt. Als es nach dem Zweiten Weltkrieg trotzdem wieder zu ersten Wirtschaftsmacht in Europa aufstieg, fand man neue Wege und Mittel, seine Größe zu beschneiden und zu kontrollieren. EU und Euro gehören zu den wichtigsten. Die großen, ehemals deutschen Unternehmen sind heute fest in der Hand des internationalen Groß- und Finanzkapitals. Den Deutschen ist das gar nicht bewusst. Sie haben die Vorgaben der Medien verinnerlicht und schwärmen von den Exporterfolgen der in Deutschland ansässigen Unternehmen, die den Deutschen aber schon lange nicht mehr gehören.

Das ist das Werk der deutschen Medien und der deutschen Politik.